

Zweierlei Maß

Russland auf dem Prüfstand der westlichen Medien

Gerd Weidenhausen

Es gehört inzwischen zum guten Ton westlicher Politiker, in Hinsicht auf Russland, vor allem Putins Russland, mit Verdächtigungen und Anschuldigungen zu operieren, in deren »Genuss« andere Nationen nur selten gelangen. Dabei wird etwas Wesentliches unterschlagen: die Tatsache nämlich, dass trotz der von russischen Militärs in Tschetschenien begangenen Morde und Menschenrechtsverletzungen (Folterungen, Vergewaltigungen, Plünderungen) die ehemalige Weltmacht *keine* völkerrechtswidrigen Angriffskriege, weltweiten Truppenstationierungen oder Okkupationen souveräner Staaten vornimmt. Von einer imperialen Expansion, die oftmals einfach behauptet wird, kann noch viel weniger gesprochen werden.

Das Schwellenland Russland ist bemüht, in der Skala der Verliererstaaten wirtschaftlich nicht noch weiter abzurutschen. Stets hielt sich das Mitgefühl des Westens in Grenzen, wenn der östliche Nachbar von terroristischen Aktionen mit zum Teil hohem Blutzoll, etwa in Beslan oder Moskau, heimgesucht wurde. Eigentümlicherweise fanden sich dann in Teilen der westlichen Medien krude Verschwörungstheorien über die Beteiligung des russischen Staatsapparates an Attentaten, Mythen, die im Fall der Terroranschläge von 9/11 als wahnwitzig abgetan würden. Für eine vorurteilsfreie Urteilsbildung ist es aber vonnöten, die schon zur Gewohnheit gewordenen Färbungen und Verdrehungen der Realität in den Blick zu bekommen.

Die scharfe Anprangerung von Russlands Defiziten in Sachen Demokratie und Menschenrechte ist legitim. Darauf hinzuweisen ist freilich etwas anderes, als das Land einem Generalverdacht zu unterziehen. Dass Russland mit einem Negativ-Image zu kämpfen hat, ist nicht nur eine Folge der innerrussischen Defizite, zu denen auch die traditionell mangelhafte gesellschaftliche Anbindung staatlicher Maßnahmen

(Putins »Diktatur des Gesetzes«) zählt. Denn seit der Neu-Erfindung Russlands als Gegner im Verteilungskampf rohstoffreicher Filetstücke des eurasischen Balkans, die der ehemalige US-Sicherheitsberater Brzezinski in seinem Buch »Die einzige Weltmacht« vornimmt, unterliegt der Putin-Staat vermehrt einem Demokratie- und Freie-Marktwirtschafts-TÜV der westlichen Medien. Dieses fortwährende Misstrauen wird von der politischen Elite Russlands zunehmend als Eingriff in die inneren Angelegenheiten empfunden. Wie auch immer man die jeweiligen politischen Manöver im Einzelnen werten mag, fest steht, dass der plakative Titel des kürzlich erschienen Buches von Peter Scholl-Latour »Russland im Zangengriff« eine durch eine Fülle von Fakten nachweisbare »Einkreisung« Russlands, beginnend mit der NATO-Osterweiterung, umschreibt.¹ Diese erfährt gegenwärtig ihre Fortschreibung in der Stationierung modernster Raketen in den neuen NATO-Staaten Polen, Tschechien und den baltischen Staaten.

Mit der Schocktherapie zu einem neuen Russland?

Nach der Implosion der Sowjetunion, Gorbatschows Auflösung des Warschauer Pakts und Jelzins rasanter Dekonstruktion staatlicher Ordnung, die zu einer anarchischen Herrschaft einer das gesellschaftliche Eigentum annektierenden Oligarchenclique geführt hatte, sucht Putin mit administrativen und staatlichen Verordnungen die aufgelöste staatliche Ordnung wiederherzustellen, um dem endgültigen Zerfall dieses riesigen Landes entgegenzusteuern. Russland-Experten wie Alexander Rahr, in seiner Funktion Programmdirektor für Russland und die GUS der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin, sehen da-

rin ein legitimes und notwendiges Unterfangen, da »in Russland ein wilder Kapitalismus ohne sozialverantwortliche Selbstbeschränkung« entstanden sei: »Solange die Finanzclans nur an ihrer Bereicherung interessiert waren, konnte keine vernünftige Wirtschafts- und Außenpolitik vom Staat betrieben werden. Keiner vermochte diese Finanzclans, die jährlich genauso viel Fluchtkapital ins Ausland schafften, wie der IWF im gleichen Zeitraum Russland an Krediten zahlte, zu »zivilisieren«.« Korruption und Kriminalisierung des Staates hatten extreme Formen angenommen.«²

Gibt es eine westliche Mitverantwortung für die russische Misere?

Diesen Zuständen sagte Putin den Kampf an. Beklagte der Westen einerseits die rechtsfreien, anarchischen Zustände in Russland als investitions-hemmende Faktoren, so war ihm andererseits die Wiederherstellung der staatlichen Ordnungsmacht als Garant kalkulierbarer wirtschaftlicher Transaktionen westlicher Unternehmen auch wieder nicht recht. Schon vor Putins Zeiten wurde Russland geradezu zu einem Experimentierfeld eines pädagogisierenden »double bind«, der seinen Zögling nicht nur permanenten Rechtfertigungszwängen aussetzte, sondern ihn auch in eine unhaltbare Situation hineintrieb. Kein Wunder, dass sich irgendwann auf Seiten des verunsicherten russischen Patienten Enttäuschung mit Trotz paarten. Der Russland-Kenner Wolfgang Seiffert schrieb hierzu vor dem Hintergrund des Rubel-Crashes 1998: »Auch George Soros kommt in seinem jüngsten Buch »Who Lost Russia?« zu dem Ergebnis, dass die westlichen Marktfundamentalisten an der Wirtschaftsmisere in Russland schuld sind. IWF und Weltbank seien für die Unterstützung Russlands nicht geeignet. Doch im Gegensatz zu solchen Erkenntnissen machte der IWF die Gewährung weiterer Kredite von der Fortführung eben desselben »Reformkurses« abhängig, der zu dem Rubel-Crash geführt hatte. Nun hieß es auf einmal, Russland müsse sich vor allem selber helfen, im gleichen Atemzug aber

wurde Russland erneut vorgeschrieben, was es zu tun und zu lassen habe.«³

Es ließe sich an einer Reihe von Fallbeispielen nachweisen, wie Russland unter Jelzins Führung zum Experimentierfeld neoliberaler westlicher Schocktherapiekonzepte wurde, die von etwa 20.000 nach Russland einströmenden westlichen Beratern vorangetrieben und flankiert wurden. Ebenso lang ist die Liste der westlichen Maßnahmen, welche – die Schwäche Russlands ausnutzend – eine Neo-Containment-Politik gegenüber der Russischen Föderation unterstützten, welche zum Ziel hatte, Russland zu isolieren und mit anti-russischen »strategischen Allianzen« wie der GUAM (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldawien) zu umgeben.⁴ Im selben Zug wurde Russlands Privatisierung übergangslos ins Werk gesetzt, ohne dass sie von einer institutionellen Infrastruktur flankiert wurde. Das Ergebnis dieser Art Privatisierung und Deindustrialisierung fasst der ehemalige Chef der Weltbank Joseph Stiglitz folgendermaßen zusammen: »Im Jahr 1989 lebten nur zwei Prozent der Russen in Armut. Bis Ende 1998 war diese Zahl auf 23,8 Prozent in die Höhe geschnellt, wobei zwei Dollar pro Tag die Armutsgrenze definierten. Über vierzig Prozent der Bevölkerung mussten laut einer Erhebung der Weltbank mit weniger als vier Dollar pro Tag auskommen. Die Statistik für Kinder enthüllte ein noch gravierenderes Problem: Über fünfzig Prozent der Kinder leben in armen Familien.«⁵ Auch infolge anderer Faktoren erlebte Russland nach dem Ableben des sozialistischen Experiments und dem seit zehn Jahren anhaltenden kapitalistischen Experiment das Trauma eines Bedeutungsverlusts, gegen dessen erdrückende Last seit Putins Machtantritt eine Reihe wirtschaftspolitischer, staatlich dirigistischer und ideologischer Maßnahmen aufgeboten wurden. Die Bilanz bei Putins Machtantritt: Das ehemalige Staatsgebiet war um 25 Prozent geschrumpft, während sich seit dem Ende der Sowjetunion die Bevölkerungszahl halbiert hatte, eine Entwicklung, die weiter voranschreitet. Die Industrieproduktion erreichte 1997 nur noch die Hälfte des Standes von 1990, in der Landwirtschaft waren es sogar nur noch 37 Prozent, bei

den Investitionen sogar nur noch 24 Prozent. Parallel zum beispiellosen Exodus der geistigen Elite des Landes (»brain drain«) Richtung Westen fand eine enorme Kapitalflucht von jährlich ca. 25 Milliarden Dollar statt; das waren in zehn Jahren 250 Milliarden Dollar.

Es kann angesichts diese beispiellosen Niedergangs einer ehemaligen Großmacht zu einem hoffnungslosen Sanierungsfall nicht verwundern, dass von geostrategisch denkenden Kreisen im Westen diese Entwicklungen mit Genugtuung registriert wurden. War Jelzin, über dessen alkoholische Exzesse, unübersehbare Tapsigkeit und Unberechenbarkeit manch einer sich ein gönnerhaftes Lächeln nicht verkneifen konnte, ausgewiesenen Machtpolitikern ein großer Freund, so konnte sich Putin dieser Ehrenbezeugung immer weniger erfreuen. Zumal, seit dieser damit begann, die von Brzezinski und vom »Center for Strategic and International Studies« (CSIS) beeinflusste US-Außenpolitik mit dem Ziel einer künftigen Beherrschung des eurasischen Kernlandes mitsamt den riesigen Öl- und Gasreserven zu konterkarieren.

Der Kampf um die Energieressourcen

Zu einem Testfall wurde dabei die Ukraine, der zwar nichts sehnlicher als eine funktionierende Demokratie zu gönnen war, aber nicht unbedingt eine solche, die als Garnitur, als Mittel zum Zweck geostrategischer Einflussnahmen fungieren würde, von der Gernot Erler schon 1998 zu vermelden wusste: »Als bloße Phantasien eines einzelnen kann man dieses geostrategische Schachspiel nicht abtun. Dazu gibt es zu viele Belege aus der Washingtoner Politik, die gut zu den Empfehlungen des ehemaligen Präsidentenberaters (gemeint ist Brzezinski, G.W.) passen. Die US-Administration unterstützt ... die politische und militärische Eigenentwicklung der Ukraine und beherzigt dabei auch die Ratschläge von Michael Mandelbaum, einem Kollegen Brzezinskis von der John Hopkins Universität und führenden Sprecher des »Council on Foreign Relations« in Washington, das dem Präsidenten riet, Russland als »ungezogenen

Halbwüchsigen« (»unruly adolescent«) zu betrachten und mit »stillter Abschreckung« (»tacit deterrence«) davon abzuhalten, die Hand wieder nach der Ukraine auszustrecken.«⁶

Immer neue Schuldzuweisungen

Seit Russland, zumindest in Teilbereichen und infolge herber Enttäuschungen angesichts nicht eingehaltener Versprechungen des Westens,⁷ eine nicht mehr alleine auf den Westen ausgerichtete und an ihm orientierte Politik betreibt und seine Außenpolitik, wie das ja westliche Staaten auch tun, nationalen Interessen unterordnet, ist das wohlthätige Schulterklopfen gegenüber dem »ungezogenen Halbwüchsigen« forschen Anmahnungen und der Rekonstruktion des Mythos einer wiedererstehenden imperialen Macht gewichen, die Europa den Gashahn abdrehen und »uns« erpressen könnte. Seit Jahren mehren sich die Vorhaltungen, Warnungen, Schuldzuweisungen und Abmahnungen in Sachen Demokratie und Pressefreiheit, adressiert an Putins Russland, nicht aber an die strategischen Partner der USA in Gestalt solcher Autokratien wie Aserbaidzhan, Turkmenistan, ganz zu schweigen von Saudi-Arabien, Pakistan usw. Vieles erinnert in diesem »Schachspiel« (Brzezinski) an eine Neuauflage des »Kalten Krieges« oder des »Great Game« des ausgehenden 19. Jahrhunderts, als die Geopolitik Urständ feierte.

Jede handelsübliche Maßnahme Russlands, die im Westen normale Praxis ist, wird zu einem Ausnahmefall uminterpretiert. So geschehen mit der Verlautbarung Russlands Mitte 2005, die Vorzugspreise, die man den ehemaligen Sowjetrepubliken für die an sie gerichteten Energielieferungen einräumte, den normalen Weltmarktpreisen anzupassen. Statt einzusehen, dass das Ende der Vorzugsbehandlung der ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine, Weißrussland, Georgien usw. »auch das Ende der weiträumigen russischen Großmachtträume bedeutet«,⁸ wird im Rahmen der Anti-Putin-Rhetorik Russland Erpressungspolitik unterstellt. Dabei gehen zwar nicht alle Kommen-

tatoren so weit wie Brzezinski in seinem am 20.9.2004 erschienenen Aufsatz über »Moskaus Mussolini«, in dem er Putin unterstellte, »einen faschistischen Staat zu schaffen.«⁹ Doch ist der Tenor der meisten journalistischen Kommentare der, dass, wenn Lieferschwierigkeiten an Gas und Öl oder ungeklärte Morde an Ex-Agenten auftreten, stets Russland schuld daran sein müsse. So wurde im Fall der ausgelaufenen, also neu zu verhandelnden Lieferverträge bzw. Transitmodalitäten mit der Ukraine vor einem Jahr und mit Weißrussland Anfang 2007 unterschlagen, dass sowohl die Ukraine als auch Weißrussland ihr Erdgas und Erdöl weit unter dem Preisniveau des Weltmarkts bezogen haben. Während zum Beispiel Deutschland pro 1000 Kubikmeter Gas aus Russland mehr als 200 Euro bezahlt (im Vergleich: Weißrussland bisher nur 46 Euro).

Angst vor dem Riesen?

Alleine durch seine verbilligten Öllieferungen subventionierte Russland Weißrussland mit jährlich drei Milliarden Euro. Ähnliches geschah bis vor einem Jahr in Bezug auf die Ukraine, als die Aufregung groß war, weil Russland die Preise an das Weltmarktniveau anpasste. In einem Beitrag der »Süddeutschen Zeitung«, der bezeichnenderweise den Titel »Immer sind die Russen schuld« trägt, konstatiert denn auch der Leiter der Deutschen Energie-Agentur in Berlin, Stephan Kohler:

»Russland, aber auch früher die UdSSR, haben die Lieferverträge gegenüber Deutschland und Europa stets eingehalten, manchmal sogar zu Lasten der innerrussischen Versorgung ... Dieselben Politiker, die Russland immer wieder auffordern, sich wie jedes kapitalistische Land zu benehmen, verurteilen aber im selben Atemzug Russland, wenn das Land berechnete Forderungen stellt. Auch deshalb ist es nicht plausibel, dass im jüngsten Konflikt wieder Russland an den Pranger gestellt wird, um über die Gefahren der hohen Versorgungsabhängigkeit zu lamentieren, dabei aber die zentrale Rolle der Transitländer außer Acht gelassen

wird. Nicht Russland hat seine Lieferverpflichtungen nicht eingehalten, sondern das Sperren der Ölleitung durch Weißrussland verursachte die Probleme.«¹⁰

Die mit der Verhaftung Michael Chodorkowskis 2003 einhergehende Wiedergewinnung der staatlichen Oberaufsicht über die Energiepolitik, die seit Jelzin europäischen und besonders angloamerikanischen Unternehmen zum freien Gebrauch überlassen wurde, traf im Westen einen empfindlichen Nerv: Gescheitert war vorerst der Versuch, Russland seines nach seiner Deindustrialisierung letzten Trumpfs zu berauben: seines Ausbeutungs- und Transitmonopols auf die eurasischen Öl- und Gasressourcen. Befeuert wurde die westliche Verärgerung noch durch den Umstand, dass Oktober 2006 der Gazprom-Chef Alexej Miller – entgegen den westlichen Forderungen nach einer Liberalisierung der russischen Öl- und Gasmärkte – erklärte, das Stockmann-Projekt ohne amerikanische Beteiligung in Angriff nehmen zu wollen. Bei diesem Projekt handelt es sich um riesige Gasfelder vor Norwegen in der Barentssee, deren Gaskapazität nach Schätzungen des geologischen Dienstes in den USA ein Viertel der noch unentdeckten Energiereserven der Welt ausmachen soll, eine Menge, mit der der Bedarf Deutschlands über dreißig Jahre gedeckt werden könnte.

Die USA, zunächst Hauptabnehmer, wurden aus diesem Projekt vollends herausgedrängt; ein Umstand, in dem der Russland-Experte Kai Ehlers eine der wesentlichen Ursachen der »seit Oktober 2006 im Westen grassierenden Anti-Putin-Kampagne« sieht: »Angst vor Russland« hieß es jetzt. Handelt es sich dabei aus amerikanischer Sicht um eine nachvollziehbare Reaktion, ist das Gebaren deutscher Politiker und Medien um so verblüffender, ist der Bundesrepublik doch mit dem Stockmann-Projekt das Geschenk des Jahrhunderts gemacht worden.¹¹ Darüber hinaus hat aber eine mehr oder minder offen geschürte antirussische Haltung seit Ende des Kalten Krieges auch strategische Wurzeln und wird sich weiterhin einer gewissen Kontinuität erfreuen. Denn laut Brzezinski ist Eurasien das »Schachbrett, auf dem der Kampf

um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.« Es gelte von daher den »drei geopolitischen Dreh- und Angelpunkten« Aserbaidschan, Usbekistan und der Ukraine »die stärkste geopolitische Unterstützung« Amerikas angedeihen zu lassen, um das »Wiederauftauchen eines neuen Rivalen auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion« zu verhindern.¹²

Ist ein Perspektivenwechsel in Sicht?

Was wäre, wenn man – angefangen beim »Fall Litwinenko« bis hin zur Energiedebatte der Gegenwart – die Berichterstattung einer Reihe von Medienmachern unter diesen Auspizien neu und auch kritischer zu deuten begänne? Der Blick würde frei für ein konstruktiv-kritisches Verhältnis zum nicht nur ökonomisch, sondern auch geistig-kulturell unverzichtbaren Nachbarn. In seiner geistigen Potenz entpuppte sich Russland dann als das Land, dessen Politik und Mentalität westlichen Gewohnheiten entgegengesetzt sind. So könnte vielleicht auch die Wahrnehmung des Landes Fragestellungen miteinbeziehen, wie sie etwa Rudolf Steiner in Hinsicht auf Wladimir Solowjew und den Westen aufwirft:

»In dieser Beziehung herrscht ein ungeheurer Gegensatz zwischen dem Westen und Osten ... Sehen Sie sich die westlichen Weltanschauungen an: Herkommen, Geburt, das ist der hauptsächlich naturwissenschaftliche Begriff, der dort herrscht. Daher entstand im Westen die Herkommenslehre, die Darwinsche Lehre. Man könnte auch sagen: die Geburten- und Vererbungslehre auf philosophischem Gebiete, auf praktischem Gebiete die Anschauung von den Rechten der Menschen. Im wenig gekannten Osten, im russischen Leben, da finden wir Betrachtungen über Tod, über menschliches Ziel in die geistige Welt hinein – lesen Sie Solowjew ... –, den Schuldbegriff, den Sündenbegriff auf ethisch-praktischem Gebiet. Betrachten wir den Westen, namentlich den anglo-amerikanischen Westen ... Durchgängiger Gesichtspunkt ist der, dass die ganze Welt so werden soll, wie diese Völker der letzten Jahrhunderte waren ...

Die Völker haben sich ideale soziale Zustände herausgebildet – man gibt ihnen verschiedene Namen, man nennt es Demokratie ... – und andere Völker haben die große Schuld, dass sie nicht solche Zustände herausgebildet haben! Richtig wird es sein, wenn die ganze Welt diese Zustände annimmt.«¹³

Anmerkungen:

1 Siehe August Predetto (Hg.): *Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO*. Opladen 1997. Gernot Erler: *Global Monopoly. Weltpolitik nach dem Ende der Sowjetunion*. Berlin 1998. Gernot Erler: *Russland kommt*. Freiburg 2005. Alexander Rahr: *Wladimir Putin. Der »Deutsche« im Kreml*. München 2000. Wolfgang Seiffert: *Wladimir Putin. Wiederkehr einer Weltmacht?* München 2000. Paul Klebnikow: *Der Pate im Kreml. Boris Beresowski und die Macht der Oligarchen*. München 2001.

2 Alexander Rahr, a. a. O., S. 174.

3 Wolfgang Seiffert, a. a. O., S. 101.

4 Siehe dazu Gernot Erler: *Global Monopoly*, a.a.O., S. 86-100. Joseph Stieglitz: *Die Schatten der Globalisierung*, Kapitel: »Wer hat Russland zugrunde gerichtet?« Berlin 2002, S. 158-197.

5 J. Stieglitz, a. a. O., S.181.

6 G. Erler, a. a. O., S. 88.

7 Diese Prozesse schildert Valentin Falin in: *Konflikte im Kreml*. München 1997.

8 Nina Baschkatow: *Die Lektion von Gazprom für die Europäische Union*, in: »Le Monde Diplomatique«, Januar 2007.

9 Zitiert bei Kai Ehlers: *Im Alleingang über die Stockmann-Felder*, in: »Freitag«, 5.1.2007.

10 »Süddeutsche Zeitung«, 15. 1. 2007.

11 Kai Ehlers, a. a. O.

12 Zbigniew Brzezinski: *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. Weinheim/Berlin 1997, S. 57.

13 Rudolf Steiner, GA 177, S. 142 f.

GERD WEIDENHAUSEN, geb. 1955, Studium der Diplom-Pädagogik und der Diplom-Kunsttherapie, ist seit 1988 Kunstlehrer der Freien Waldorfschule in Esslingen. Der Autor trat mit zahlreichen Essays zur aktuellen Weltlage hervor. – Kontakt: Evelyn.Weidenhaus@aol.com.